

Windkraft-Ausbau in SH: Gemeinden kritisieren Regionalpläne

Stand: 04.10.2025 06:00 Uhr

Wo werden in Schleswig-Holstein künftig Windräder stehen? Dazu hat das Land im Sommer neue Regionalpläne veröffentlicht. Aber die stoßen nicht überall auf Zuspruch. Auch die Frist für Stellungnahmen sorgt für Kritik.

von Katharina van der Beek

Zwischen Weede und Schieren (beide Kreis Segeberg) sollen Windräder entstehen. Der Weg dahin war lang, sagen die beiden Bürgermeister Bernd Sulimma und Hans-Uwe Schumacher. Die Bewohner beider Orte mussten mit ins Boot geholt werden. "Wir waren kurz vor der Spaltung des Dorfes. So schlimm war das", sagt Schumacher.

Die Bürgermeister von Weede und Schieren müssen sich mit den neuen Plänen auseinandersetzen.

Das Gebiet, auf dem gebaut werden soll, gehört zu Weede, aus Schieren, das etwas höher liegt, wären die Windräder aber nicht zu übersehen. Schließlich habe der Kompromiss gestanden: vier Windräder mit jeweils 1.000 Metern Abstand zu den beiden Orten, so die Bürgermeister. Doch jetzt gibt es wieder Unruhe in den Gemeinden.

Mehr als 400 Vorranggebiete gibt es in SH

Der Hintergrund: In Schleswig-Holstein sollen künftig mehr Windkraftanlagen gebaut werden – so will es der Bund. Und deshalb hat das Land Ende Juli neue Entwürfe für die Regionalpläne Windenergie veröffentlicht. Auf rund 3,4 Prozent der Landesfläche sollen laut Landesregierung vorrangig Windräder gebaut werden. 410 sogenannter Vorranggebiete sind dabei festgelegt, aber auch Flächen auf denen keine Windkraft entstehen soll. Durch die zentrale Steuerung sollen

Schutzbelange wie Abstand zur Wohnbebauung, Artenschutz oder auch Vogelflug gut zu berücksichtigt werden, so die Landesregierung bei der Vorstellung der Entwürfe im Sommer.

Sie können die Einbindung auf unserer [Datenschutzseite](#) deaktivieren.

Dieses Element liegt auf Servern von Datawrapper.de.

Gemeinden befürchten Bau größerer Anlagen

Auf dieser Fläche zwischen Weede und Schieren sind Windräder geplant.

Nach den noch geltenden Plänen geht die Fläche für mögliche Windenergie zwischen Schieren und Weede knapp um die geplanten Windräder herum, berichtet Weedes Bürgermeister Sulimma. Nach den neuen Plänen wäre die Vorrangfläche größer und würde teils bis zu 800 Meter an die Orte heranrücken - statt bislang 1.000. Ob und wie viel mehr Windräder überhaupt entstehen könnten, ist noch unklar. Für die vier geplanten besteht laut Sulimma bereits Baurecht. Trotzdem fürchten die Bürgermeister nun mehr oder höhere Anlagen.

Ärger über verkürzte Frist für Stellungnahmen

Was die beiden aber vor allem ärgert: Das Land hat die Frist verkürzt, innerhalb derer Betroffene wie Städte, Gemeinden, Verbände und Einzelpersonen ihre Stellungnahme zu den geplanten Flächen einreichen können. Statt drei haben die beiden Bürgermeister nur zwei Monate Zeit. Begonnen hat die Frist bereits in den Sommerferien. Eine Zeit, in der es keine regulären Ausschuttsitzungen gibt, sagt Schumacher. "Dann hast du eine Stellungnahme fertigzustellen. Das ist ja auch nicht einfach so aus dem Ärmel geschüttelt, weil das ein

komplexes Thema ist." Und eine Einwohnerversammlung zu organisieren sei gar nicht mehr möglich gewesen.

Gemeindetag: Viele Kommunen stehen vor Zeitproblem

Vor diesem Zeitproblem stehen laut Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag (SHGT) derzeit Hunderte Gemeinden im Land. Die zentrale Steuerung durch die Regionalpläne sei durchaus sinnvoll, sagt Jörg Bülow vom SHGT. Die kurze Frist setze Gemeinden aber stark unter Druck. Sie müssten politisch die Pläne bewerten: "Will man vielleicht sogar mehr Windkraft haben, als es der Plan ermöglicht oder fühlt man sich auch durch die neuen Flächen zu stark eingeeengt. Das ist natürlich von Ort zu Ort sehr unterschiedlich". Aus seiner Sicht hätte es für die Stellungnahmen eine Frist von mindestens drei Monaten geben müssen - außerhalb der Ferien.

Ministerium will Verfahren beschleunigen

Das Innenministerium verweist auf Nachfrage von NDR Schleswig-Holstein auf das Ziel, die Planungsverfahren zu beschleunigen. Man orientiere sich an verkürzten Beteiligungsfristen des Bundes. Außerdem solle für den Planungsraum I, für den es nach einer Gerichtsentscheidung aktuell keinen Regionalplan gibt, baldmöglichst Planungssicherheit hergestellt werden. "Das Innenministerium hat sich daher bewusst für einen Beteiligungszeitraum von zwei Monaten entschieden", so ein Sprecher. "Die Fristsetzung ermöglicht es, in vier Wochen nach der Sommerpause eventuell erforderliche Beschlüsse der Selbstverwaltung einzuholen, ggf. in Sondersitzungen."

Frist für Stellungnahme endet am 8. Oktober

Landesweit gibt es mehr als 400 Vorrangflächen für Windenergie.

Für Schieren hat die Gemeinde bereits eine Stellungnahme eingereicht. Auch Weede will es fristgerecht bis Mittwoch schaffen. Was aber bleibt, ist der Frust – und die Sorge für einen Vertrauensverlust in die Politik. "Meine Glaubwürdigkeit leidet", sagt Schumacher. Und Sulimma ist besorgt: "Ich nehme auch wahr, dass die Leute resigniert sind."

Laut Land haben bereits über 400 betroffene Städte, Gemeinden und Verbände ihre Stellungnahmen eingereicht. Mit einem Großteil sei erst kurz vor Fristende am Mittwoch (8.10.) zu rechnen.